



19.433

Parlamentarische Initiative**RK-N.****StGB-Tatbestände****mit Stalking ergänzen****Initiative parlementaire****CAJ-N.****Etendre au harcèlement obsessionnel****("stalking") le champ d'application****des dispositions du CP****relatives aux délits***Differenzen – Divergences***CHRONOLOGIE**

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.06.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.12.24 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.03.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.06.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.06.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.06.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.06.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.06.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.06.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über die Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes vor Nachstellung (Änderung des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzes und des Militärstraßprozesses)**Loi fédérale visant à améliorer la protection pénale contre le harcèlement obsessionnel (Modification du code pénal, du code pénal militaire et de la procédure pénale militaire)**

Flach Beat (GL, AG): Wir sind in der Differenzbereinigung zum Straftatbestand des Stalking.

In der letzten Runde hat uns der Ständerat eine Formulierung mit auf den Weg gegeben, die wahrscheinlich tatsächlich funktioniert. In Artikel 181b Absatz 1 wird jetzt Folgendes festgehalten: "Wer jemanden auf eine Weise beharrlich verfolgt, belästigt oder bedroht, die geeignet ist, ihn erheblich in seiner Lebensgestaltungsfreiheit zu beschränken, wird, auf Antrag, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft." Damit sind die Straftatbestände des Stalking bestmöglich umschrieben, weil die Nachstellung und die Belästigung allein offenbar nicht ausgereicht haben.

Nun geht es bei der Differenz zwischen dem Ständerat und unserem Rat nur noch um eine einzige Frage, nämlich darum, ob dieses Delikt, das ich Ihnen jetzt gerade vorgelesen habe, in Paarbeziehungen ein Officialdelikt oder auch dort ein Antragsdelikt sein soll. Es gibt Gründe dafür und Gründe dagegen. Einer der Hauptgründe dagegen, ein Officialdelikt daraus zu machen, liegt darin, dass dieses Delikt ein abstraktes Gefährdungsdelikt ist. Damit ist es etwas Ähnliches wie Hausfriedensbruch, das ebenfalls ein Antragsdelikt ist, bei dem eine Staatsanwaltschaft, wenn sie davon Kenntnis hat, dass sich irgendjemand auf fremdem Grund bewegt, nicht sofort automatisch ein Strafverfahren an die Hand nimmt. Ähnlich ist es eben auch beim Stalking. Wir haben in den Diskussionen, die wir geführt haben, gemerkt, dass nicht jedes Opfer gleich betroffen ist. Entsprechend macht es insbesondere bei Paarbeziehungen auch keinen Sinn, daraus ein Officialdelikt zu machen. Es geht



überhaupt nicht darum, hier irgendwie Täterschutz oder etwas Ähnliches zu betreiben, sondern es geht einzig und allein darum, den Stalking-Tatbestand so auszugestalten, dass er auch funktioniert.

Macht man Stalking innerhalb von Paarbeziehungen zu einem Officialdelikt, dann hat die Behörde bei einem Verdacht, dass das, was dort vorliegt, Stalking sein könnte, ein entsprechendes Verfahren aufzunehmen. Das Opfer kann dieses Verfahren dann unter Umständen sistieren lassen, bzw. es gibt eine Art Einspracheverfahren. Machen wir daraus aber ein Antragsverfahren wie beim Hausfriedensbruch oder bei ähnlich abstrakten Gefährdungsdelikten, dann liegt es allein in der Hand des Opfers, eine entsprechende Anzeige zu erstatten. Die Strafverfolgungsbehörden müssen dann tätig werden. Das Opfer kann die Anzeige in dieser Phase natürlich auch zurückziehen, wenn es der Meinung ist, dass sie nicht notwendig ist. Es geht jetzt einzig und allein noch um diese Frage.

Der Ständerat war relativ deutlich. Auch der Bundesrat hat in seiner Botschaft ausführlich erklärt, weshalb ein Officialdelikt für Stalking innerhalb von Paarbeziehungen wahrscheinlich gar keinen Sinn macht und insofern auch den Opfern nicht wirklich hilft. Eine pragmatische Lösung, die den Opfern die Möglichkeit gibt, Anzeige zu erstatten, ist wahrscheinlich tatsächlich wirkungsvoller als ein Officialdelikt, bei dem die Staatsanwaltschaft von sich aus auf die Idee kommen sollte, entsprechend zu handeln. Wie gesagt, das ist nicht Täterschutz. Wir sind im Differenzbereinigungsverfahren. Ich bitte Sie, meiner Minderheit zuzustimmen. Dann haben wir die Differenzen ausgeräumt und können dieses Gesetz bald verabschieden.

Docourt Martine (S, NE): Recevoir des appels incessants, des messages menaçants ou intimidants, être suivi sur les réseaux sociaux ou dans la rue, subir du harcèlement à son domicile, être victime de diffamation; autant d'exemples de "stalking", une violence psychologique souvent invisible. En Europe, environ 15 à 18 pour cent des femmes et 4 à 6 pour cent des hommes en ont été victimes au moins une fois dans leur vie.

Le "stalking" provoque stress, angoisse, sentiment d'insécurité et isolement social, ce qui altère la santé mentale et la qualité de vie des victimes. Pour lutter contre cette violence, il est nécessaire d'inscrire le harcèlement dit "stalking" dans le code pénal. Notre conseil a déjà accepté ce principe, tout comme le Conseil des Etats. Par cette acceptation, il s'agit de reconnaître enfin les victimes de ce type de harcèlement, une prise en considération salubre pour toutes les personnes l'ayant subi.

Aujourd'hui, nous devons nous déterminer sur les divergences avec le Conseil des Etats. Le groupe socialiste soutiendra la position de la Commission des affaires juridiques (CAJ). La conception proposée, considérant qu'il s'agit d'un délit de mise en danger, aurait pour effet que le "stalker" serait punissable, qu'il entrave ou non la libre détermination de la façon de vivre de la victime. Cette proposition est un clair renforcement de la disposition pénale.

AB 2025 N 198 / BO 2025 N 198

Nous soutenons également la procédure d'office, selon le modèle des violences domestiques, car elle permettra de protéger les victimes vulnérables en ne faisant pas tout reposer sur leurs épaules et leur évitera ainsi des pressions pour qu'elles retirent leurs plaintes ou renoncent à les déposer par crainte de représailles. S'il est vrai qu'il faudrait encore agir en parallèle sur la prévention de ce type de comportement et sur la protection et l'accompagnement des victimes, nous considérons cela comme une étape qui contribuera à la lutte contre l'escalade de la violence domestique qui sévit, et dont nous savons qu'elle peut avoir des conséquences encore plus graves.

Ainsi, le groupe socialiste soutiendra la majorité de la commission, car la proposition qui est faite va dans le sens d'une meilleure prise en considération de cette violence et de la reconnaissance de la souffrance des victimes.

Funiciello Tamara (S, BE): Das Phänomen des Stalkings ist keine Randerscheinung, sondern ein weit verbreitetes Problem. 2022 meldete die zuständige Stelle der Stadt Bern 120 Fälle: 102 der Betroffenen waren Frauen, 18 waren Männer, was auch eine geschlechtsspezifische Komponente erahnen lässt. Die SP-Fraktion ist daher erfreut darüber, dass wir nach jahrelangem Kampf nun auf der Zielgeraden sind, um Stalking im Strafgesetzbuch zu verankern. Es ist ein wichtiger Schritt zum Schutz von vor allem Frauen in diesem Land und ein weiterer Sieg der feministischen Bewegung.

Wir begrüßen explizit die Anpassung des Ständerates in Artikel 181b, denn es ergibt Sinn, diesen neuen Tatbestand als ein Gefährdungs- statt als ein Erfolgsdelikt zu gestalten. So ist nicht die Resilienz des Opfers ausschlaggebend für die Frage, ob eine Handlung strafbar ist oder nicht, sondern das Verhalten des Täters. Es reicht, dass ein Verhalten dazu führen könnte, dass die Lebensgestaltungsfreiheit eingeschränkt werden könnte. Es muss eben nicht zu einer Verhaltensänderung des Opfers kommen.



Erlauben Sie mir noch einen Kommentar zur Verwendung des Adverbs "erheblich". Wir gehen davon aus, dass die Gerichte es so auslegen, dass die Hürde zur Erfüllung dieses Straftatbestandes nicht zu hoch ist, denn der Straftatbestand soll dem Umstand Rechnung tragen, dass die einzelnen Handlungen eines Stalkers oft nicht schlimm, aber in der Häufigkeit, Dauer und Intensität für die Opfer extrem belastend sind. Genau darum ist es wichtig – und das zeigen auch die Erfahrungen aus Deutschland und Österreich –, dass die Hürden, um den Tatbestand zu erfüllen, niedrig sind, denn sonst verkommt der neue Artikel zu einem Papiertiger.

Zu guter Letzt bitte ich Sie, Ihrer Kommission bei Artikel 55a zu folgen. Mein Parteikollege Daniel Jositsch meinte während der Debatte im Ständerat: Stalking "ist mühsam. Niemand hilft einem." (AB 2024 S 1269) Nun, eine Studie der Universität St. Gallen aus dem Jahr 2021 zeigt, dass vielen Femiziden Stalking vorangeht. Stalking ist nicht einfach mühsam, es kann Teil einer grossen Gewaltspirale sein, die zum Tod führen kann. Daher bitte ich Sie, analog zu den anderen Straftatbeständen in Paarbeziehungen auch Stalking von Amtes wegen verfolgen zu lassen.

von Falkenstein Patricia (RL, BS): Die FDP-Liberale Fraktion begrüsst es, dass der Tatbestand des Stalking, im Gesetz zu Recht "Nachstellung" genannt, ins Strafgesetzbuch aufgenommen wird. Nach der Behandlung im Ständerat bleibt eine wesentliche Differenz.

Strafrechtliche Reaktionen im Zusammenhang mit Stalking können und konnten bis jetzt unter den Tatbeständen von Körperverletzung, Diebstahl, Ehrverletzung, Missbrauch, Drohung, Nötigung, Hausfriedensbruch, aber nicht unter einem eigenen Tatbestand angegangen werden. Der Bundesrat hat sich bis vor Kurzem gegen eine Aufnahme gewehrt, da er davon ausgegangen ist, dass die eben erwähnten Tatbestände reichen, um Nachstellungen zu ahnden.

Gemäss Beschluss des Nationalrates wird die Nachstellung grundsätzlich auf Antrag verfolgt. Die Strafverfolgungsbehörden müssen aber von Amtes wegen tätig werden, wenn die Tat in einer Paarbeziehung begangen wurde, etwa in der Trennungsphase. Dies geht aus Artikel 181b Absatz 2 StGB hervor. Entsprechend wurde dieser Absatz auch in den Deliktskatalog von Artikel 55a StGB aufgenommen, der bei gewissen Officialdelikten in der Paarbeziehung eine Einstellung des Verfahrens ermöglicht. Dies finden wir richtig.

Hingegen hat der Ständerat für das Gefährdungsdelikt beschlossen, dass die Nachstellung immer nur auf Antrag verfolgt werden soll. Somit hat er Artikel 181b Absatz 2 StGB gestrichen, mit der entsprechenden Auswirkung auf den Deliktskatalog von Artikel 55a StGB. Der Bundesrat unterstützt diese Variante; die FDP-Liberale Fraktion unterstützt dies hingegen nicht und bittet Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Auch wenn der Ständerat die Schwelle für eine Bestrafung gesenkt hat, indem er eine Objektivierung des Tatbestandes eingeführt hat: Nachstellung in einer Ehe ist mit häuslicher Gewalt zu vergleichen und soll darum von Amtes wegen verfolgt werden. Wieso soll dies nur für einfache Körperverletzung, wiederholte Tätlichkeit, Drohung, Bedrohung oder Nötigung, nicht aber für Belästigung gelten? Der FDP-Liberalen Fraktion erschliesst sich diese Logik nicht.

Die FDP-Liberale Fraktion bittet Sie, hier immer der Kommissionsmehrheit zu folgen und den Minderheitsantrag Flach abzulehnen.

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Sie haben es von meinen Vorrednern gehört, ich will nicht alles wiederholen: Wir haben noch eine wesentliche Differenz zum Ständerat. Darin geht es um die Frage, ob der Stalking-Tatbestand respektive eben die Nachstellung, wie es auf Deutsch heisst, ein reines Antragsdelikt oder unter Umständen auch ein Officialdelikt sein soll. Wir haben uns in der Kommission vom Gedanken leiten lassen – und meines Erachtens ist es richtig, das weiterhin zu tun –, dass dieser Tatbestand diesbezüglich mit allen Tatbeständen gleichzusetzen ist, die im Bereich der häuslichen Gewalt einzuordnen sind; das hat meine Vorrednerin bereits gesagt. Demzufolge befinden sich Menschen, die in einer Paarbeziehung stehen oder standen, in einem besonderen Verhältnis. Es macht durchaus Sinn, dass man in solchen Situationen, wie bei der häuslichen Gewalt, eben ein Officialdelikt annimmt, weil diese Menschen oftmals nicht den Mut haben bzw. diesen nicht aufbringen, eine Anzeige einzureichen.

Wir verstehen aber durchaus auch, dass es bei der Abgrenzung Schwierigkeiten geben kann, und wir sind offen für die weitere Diskussion. Wir bitten Sie aber, zumindest heute noch einmal klar der nationalrätlichen Version zu folgen. Im Grundsatz ist aus meiner Sicht die Konzeption, wie sie bei der häuslichen Gewalt angewendet wird, auch für den Stalking- oder eben Nachstellungstatbestand richtig.

In diesem Sinne danke ich Ihnen, wenn Sie der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission folgen und so den beiden Kommissionen noch einmal die Möglichkeit geben, diese Fragen im Detail zu diskutieren.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, führen Sie bitte Ihre Gespräche, die Sie zu führen haben, in der Wandelhalle. Hier drin bitte ich um etwas mehr Aufmerksamkeit.



Mahaim Raphaël (G, VD): Nous en sommes probablement à l'un des derniers tours de pistes sur ce sujet fondamental, ce sujet majeur pour la protection des victimes de harcèlement. Quand on regarde le code pénal, parfois on se dit que c'est un peu étrange. Certaines infractions sont un peu colorées ou paraissent un peu exotiques et n'ont, dans la pratique, aucune importance. Je pense par exemple à la filouterie d'auberge ou à la fabrication d'explosifs ou de gaz toxiques. Ces infractions figurent en bonne place dans le code pénal, mais, au quotidien, elles n'ont pas ou extrêmement peu d'importance. Or, il y en a d'autres qui manquent cruellement, telle la question du harcèlement. Quand on voit au quotidien les dégâts colossaux que cela peut faire – jusqu'à des situations de vie ou de mort, des tragédies incroyables –, on se dit tout de même que notre Parlement a fait un travail important avec

AB 2025 N 199 / BO 2025 N 199

cet article. Nous arrivons aujourd'hui presque au terme de ces débats, avec la dernière divergence. L'importance d'ancrer le harcèlement comme un fait à part, comme un état de fait distinct des autres violences – par exemple les violences conjugales ou les blessures, qu'on appelle les lésions corporelles – est maintenant reconnue par toutes et tous. Nous en sommes à un point où nous ne discutons plus que d'un désaccord entre le Conseil des Etats et notre conseil. C'est la question de savoir s'il faut en faire une infraction poursuivie d'office ou une infraction poursuivie sur plainte. Les personnes qui se sont exprimées avant moi ont montré les différences entre ces deux variantes. Il paraît, pour la majorité de la commission et pour le groupe des Verts, fondamental d'en rester à la conception qui prévaut pour toutes les autres formes de violences conjugales. Il serait totalement incohérent d'avoir une logique qui prévaut pour, par exemple, les menaces, les insultes ou les blessures – donc les lésions corporelles – qui sont perpétrées dans le cadre d'une relation de couple, et de n'avoir, pour le harcèlement, qui est évidemment un état de fait que l'on retrouve fréquemment dans le cadre des relations amoureuses ou des suites de relations amoureuses, aucune poursuite d'office. C'est totalement incohérent. Surtout, dans la pratique au quotidien, cela reviendrait à réduire la protection dont bénéficieraient les victimes, parce que ces victimes, justement quand elles sont harcelées, par peur, crainte ou l'inhibition sont réticentes à porter l'affaire devant la justice. C'est un acte parfois très lourd de conséquences émotionnelles pour la personne d'aller au commissariat de police pour déposer une plainte. Comme pour les violences conjugales, il ne faut pas faire peser ce fardeau sur les victimes, il ne doit pas en aller différemment de la question du harcèlement, par opposition aux autres infractions dont nous avons parlé.

Voilà l'objet principal de la divergence. Le groupe des Verts vous invite donc à suivre la majorité de la commission et à maintenir cette divergence par rapport à la version du Conseil des Etats, ce qui nous amènera à un dernier tour de piste durant lequel, on l'espère, on trouvera une solution cohérente avec les autres infractions qui touchent aux violences conjugales.

Jans Beat, Bundesrat: Es gibt Änderungen in Artikel 181b Absatz 1 StGB, und es gibt eben die wichtige Differenz bei Artikel 181b Absatz 2 StGB. Absatz 1 umschreibt das strafbare Verhalten der Nachstellung. Ihre Kommission beantragt Ihnen hier einstimmig, bei allen Differenzen dem Ständerat zu folgen. Sie haben es damit in der Hand, die Behandlung dieses Geschäftes heute zu beenden, indem Sie auch die verbleibende Differenz zum Ständerat ausräumen. Der Bundesrat unterstützt das.

Bei Absatz 2 besteht eine gewichtige Differenz. Der Bundesrat bittet Sie, diese anders zu beurteilen als die Mehrheit Ihrer Kommission. Bei der Differenz geht es darum, ob Nachstellung grundsätzlich auf Antrag verfolgt werden soll, gemäss Absatz 2 jedoch von Amtes wegen, wenn sie in einer Paarbeziehung begangen wird, genauer gesagt während der Beziehung oder bis zu einem Jahr nach der Trennung. Dies entspricht dem Beschluss Ihres Rates, und die Mehrheit Ihrer Kommission beantragt Ihnen heute, bei diesem Beschluss zu bleiben. Der Ständerat hingegen hat beschlossen, die Nachstellung stets auf Antrag zu verfolgen, auch in der Paarbeziehung, und Absatz 2 demzufolge zu streichen. Eine Minderheit Ihrer Kommission beantragt, dem Ständerat zu folgen.

Nach Auffassung des Bundesrates wäre es folgerichtig, das Konzept des Ständerates als Ganzes zu übernehmen und Absatz 2 zu streichen, denn als abstraktes Gefährdungsdelikt wird der Tatbestand niederschwelliger. Deshalb kann es durchaus im Interesse der Parteien sein, keine Strafverfolgung zu initiieren. Es kann also private Interessen geben, die das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung überwiegen, auch wenn das Delikt in einer Paarbeziehung begangen wird. Die Nachstellung sollte daher immer auf Antrag verfolgt werden.

Man kann sich nun fragen, wie Herr Mahaim dies zu Recht getan hat, warum die Nachstellung anders behandelt werden soll als zum Beispiel Delikte häuslicher Gewalt; diese werden ja von Amtes wegen verfolgt. So ist beispielsweise die Drohung eigentlich ein Antragsdelikt, aber ein Offizialdelikt, wenn sie in einer Paarbeziehung begangen wird. Der Unterschied sind eben die Besonderheiten der Nachstellung; diesen muss man Rechnung



tragen. Eine Besonderheit der Nachstellung ist, dass sie definitionsgemäss über längere Zeit begangen wird. Mit der Mischform zwischen Antrags- und Offizialdelikt würde eine Nachstellung während einer Partnerschaft und bis zu einem Jahr nach der Trennung von Amtes wegen und danach nur auf Antrag verfolgt. Der entscheidende Zeitpunkt ist also ein Jahr nach der Trennung. Was, wenn die Nachstellung vorher beginnt und nachher endet? Dann ändern sich die Voraussetzungen der Strafverfolgung während der Begehung der Tat. Das kann sich zum Nachteil des Opfers auswirken, wenn es die Antragsfrist verpasst.

Und schliesslich ist bei der Nachstellung absolut zentral, dass das Opfer selbst über die Strafverfolgung entscheiden kann, denn so seltsam das klingen mag: Ein Strafverfahren kann eine Form des gesuchten Kontakts des Täters oder der Täterin sein. Der Täter oder die Täterin kann das Opfer in ein Strafverfahren drängen, das es gar nicht will. Das Gesetz muss deshalb verunmöglichen, dass unabhängig vom Willen oder gar gegen den Willen des Opfers ein Strafverfahren in Gang gesetzt werden kann.

Ich fasse zusammen: Als abstraktes Gefährdungsdelikt wird die Nachstellung niederschwelliger als ein Erfolgsdelikt. Private Interessen, die das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung aufwiegen, kann es deshalb auch in einer Partnerschaft geben. Das Konzept des Ständerates und der Minderheit Ihrer Kommission bildet eine in sich stimmige Strafnorm und sollte deshalb als Ganzes übernommen werden. Es sollte dem Täter oder der Täterin nicht möglich sein, das Opfer in ein Strafverfahren zu drängen, das es gar nicht will. Die Nachstellung soll deshalb in allen Fällen auf Antrag verfolgt werden. Absatz 2 ist zu streichen und aus dem Deliktskatalog von Artikel 55a des Strafgesetzbuches zu entfernen.

Ich bitte Sie daher, der Minderheit Ihrer Kommission zu folgen und so auch die letzte Differenz in diesem Geschäft zu bereinigen.

Nantermod Philippe (RL, VS), pour la commission: Nous en sommes aux divergences concernant l'introduction, dans le code pénal, d'un article 181b relatif au harcèlement.

A la suite de nos précédents débats, la Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats s'est réunie, a entendu les cantons, les procureurs généraux et des avocats, et a amélioré notre projet – on peut le dire, puisque la Commission des affaires juridiques du Conseil national vous invite, aujourd'hui, à suivre en grande partie les modifications proposées par la commission et par le Conseil des Etats. Les divergences qui restent portent sur la poursuite d'office ou la poursuite sur plainte, de l'infraction.

Concernant les aspects qui ont été acceptés dans la modification de la loi, le premier concerne la première partie de la phrase à l'alinéa 1 de l'article 181b. D'abord, il s'agissait de la définition du harcèlement en français. La définition qui avait été retenue par le Conseil national était une définition quelque peu tautologique, puisqu'on définissait le harcèlement obsessionnel comme l'acte de traquer, de harceler ou de menacer quelqu'un. Le harcèlement, c'est le fait de harceler – c'est une définition digne du Larousse, qui s'applique mal au code pénal. Nous proposons à la place, comme le Conseil des Etats, de le définir comme le fait que quiconque traque obstinément, importune ou menace une personne. En première lecture, nous avons, d'ailleurs, rejeté cette proposition à une très petite majorité, et nous vous invitons ici à suivre la proposition du Conseil des Etats.

La deuxième partie de l'alinéa 1, à l'article 181b, concerne la question d'une infraction de résultat ou d'une infraction de comportement. Nous voulions, dans un premier temps, mettre sous toit une infraction de résultat. Il fallait qu'une personne entrave la victime dans la libre détermination de sa façon de vivre pour que l'infraction puisse être réalisée.

Sur demande des procureurs notamment, le Conseil des Etats a estimé qu'il fallait plutôt adopter une infraction de comportement pour des raisons de preuve, entre autres,

AB 2025 N 200 / BO 2025 N 200

étant donné qu'il est très difficile d'estimer si le résultat du harceleur a atteint son but. Ainsi, il est proposé ici de suivre la proposition du Conseil des Etats et de punir le comportement, autrement dit le fait de harceler quelqu'un d'une manière propre à l'entraver considérablement dans la libre détermination de sa façon de vivre. Enfin, il reste, à l'alinéa 2 de l'article 181b, une proposition de minorité qui concerne la poursuite.

Ici, le Conseil national a décidé – ou nous avons décidé – d'introduire, dans l'article, les dispositions de l'article 55 du code pénal, qui porte sur les violences domestiques. La logique de cet article un peu particulier est un mécanisme propre qui a, à la fois, les caractéristiques de la poursuite d'office pour les violences domestiques et celles de la poursuite sur plainte pour les autres. On sait que le harcèlement concerne un grand nombre de couples, ou d'anciens couples souvent, pour lesquels le mécanisme de plainte pénale est compliqué, notamment parce qu'il faut porter plainte contre son ancien conjoint ou, peut-être, contre le conjoint encore actuel, mais il y a aussi le risque d'un retrait de la plainte qui, lui, est définitif, la personne peut faire l'objet de menaces à cette fin.



Vous avez entendu les arguments du Conseil fédéral, qui soutient la proposition du Conseil des Etats et qui estime qu'il faudrait, dans le cas du harcèlement, appliquer les règles de la poursuite uniquement sur plainte et non pas poursuivre d'office. Pourtant, l'article 55 du code pénal, qui a été adopté il y a quelques années seulement, s'applique à l'ensemble des infractions typiquement commises dans les cas de violences domestiques. On pense, par exemple, aux lésions corporelles simples, aux voies de fait à répétition, aux cas de menaces ou aux cas de contraintes. Il est difficile d'expliquer pour quelles raisons le harcèlement qui concerne expressément des situations de violence domestique ne devrait pas jouir de la même disposition. Les arguments du Conseil fédéral concernant les problèmes de poursuite, de relation entre les couples, d'impossibilité, pour la victime, de retirer sa plainte, peuvent s'appliquer à l'ensemble des autres arguments. Si l'on suivait le Conseil fédéral à ce sujet, alors il faudrait détricoter complètement l'article 55 du code pénal et le système que nous avons mis en place pour protéger les victimes de violences conjugales.

Par 18 voix contre 6 et 0 abstention, la Commission des affaires juridiques du Conseil national estime qu'il y a une cohérence à appliquer les mêmes règles à l'ensemble des délits portant sur les violences conjugales et à maintenir l'alinéa 2 à l'article 181b. Je vous invite à en faire autant et à suivre systématiquement les propositions de la majorité de la commission.

Arslan Sibel (G, BS), für die Kommission: Die Räte haben sich mehrfach für einen besseren Schutz der Opfer von Stalking ausgesprochen. Den Anstoss dazu hat Ihre Kommission für Rechtsfragen gegeben. Der Ständerat hat am 16. Dezember 2024 mit deutlicher Mehrheit der Schaffung eines eigenen Straftatbestands gegen Nachstellung – umgangssprachlich "Stalking" – zugestimmt. Wir haben eine einzige Differenz, kommen aber zuerst zu den Beschlüssen, bei denen sich die beiden Räte oder Kommissionen gefunden haben.

Bei der Definition der Tathandlung – handelt es sich um ein Erfolgsdelikt oder um ein Gefährdungsdelikt? – hatte der Nationalrat beschlossen, dass für eine Strafbarkeit eine tatsächliche Beeinträchtigung der Lebensgestaltungsfreiheit des Opfers nachgewiesen werden müsse. Dies entspricht der Ausgestaltung als Erfolgsdelikt. Der Ständerat hingegen ist der Ansicht, dass es bereits genügen sollte, wenn das Verhalten des Täters generell geeignet ist, eine solche Beeinträchtigung herbeizuführen. Ihre Kommission unterstützt diesen Beschluss des Ständerates, bei dem eine effektive Beschränkung der Lebensgestaltungsfreiheit des Opfers nicht nachgewiesen werden muss. Dies stellt sicher, dass sozial adäquate Handlungen nicht unter Strafe gestellt werden. Allerdings ist uns bewusst, dass eine Beweiserleichterung notwendig sein könnte. Die vorgesehene Niederschwelligkeit stellt sicher, dass jegliche Beschränkung der Lebensgestaltungsfreiheit ausreicht und keine äusserlich sichtbare Verhaltensänderung nachgewiesen werden muss. Ihre Kommission ist also bei Artikel 181b Absatz 1 einstimmig dem Ständerat gefolgt.

Die einzige Differenz besteht bei der Frage bezüglich Antrags- oder Officialdelikt. Der Ständerat fordert, dass Stalking nur auf Antrag verfolgt wird. Wie wir gehört haben, entspricht dies auch der Haltung des Bundesrates. Es wird argumentiert, das Opfer müsse selbst über die Strafverfolgung entscheiden können. Ein Strafverfahren könne für manche Opfer eine weitere Belastung darstellen und dürfe nicht gegen den Willen der betroffenen Person eingeleitet werden. Zudem bestehe die Gefahr, dass Stalker das Strafverfahren gezielt nutzen, um Kontakt mit den Opfern zu halten; wir haben das bereits seitens des Bundesrates gehört. Die Minderheit Flach beantragt Ihnen, dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen und Artikel 181b Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 55a ersatzlos zu streichen.

Demgegenüber hatte der Nationalrat in der Sommersession beschlossen, dass Stalking in Paarbeziehungen von Amtes wegen verfolgt werden soll, insbesondere deshalb, weil Stalking häufig mit häuslicher Gewalt zusammenhängt und für Delikte wie körperliche Gewalt bereits eine Officialverfolgung gilt. Die Kommissionsmehrheit hält am Beschluss des Nationalrates fest. Sie ist der Ansicht, dass insbesondere in engen sozialen Beziehungen ein Schutz der Opfer auch gegen ihren ausdrücklichen Willen erforderlich sein kann; gerade in Trennungsphasen besteht ein hohes Eskalationspotenzial oder Risiko, das durch eine obligatorische Strafverfolgung reduziert werden kann. Ihre Kommission hat sich mit 18 zu 6 Stimmen für Festhalten ausgesprochen. Ich möchte zusammenfassen: Wir anerkennen, dass es sich hier um schwerwiegende Abwägungen handelt. Die Kommissionsmehrheit ist jedoch der Auffassung, dass der Schutz der Opfer oberste Priorität haben muss. Wir bitten Sie daher, der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen und ein klares Zeichen gegen Stalking und für die Sicherheit der Betroffenen zu setzen.

Titel*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



Titre

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 55a Abs. 1 Einleitung

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Flach, Buffat, Bühler, Glur, Nicolet, Steinemann, Tuena)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 55a al. 1 introduction

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Flach, Buffat, Bühler, Glur, Nicolet, Steinemann, Tuena)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Ziff. 1 Art. 181b

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Flach, Buffat, Bühler, Glur, Nicolet, Steinemann, Tuena)

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2025 N 201 / BO 2025 N 201

Ch. 1 art. 181b

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Maintenir

Proposition de la minorité

(Flach, Buffat, Bühler, Glur, Nicolet, Steinemann, Tuena)

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.433/30287)

Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 62 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Das Geschäft geht an den Ständerat zurück.